



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

REGIERUNG UND OPPOSITION ANFANG 2021

■ ANALYSE	
Die innenpolitische Situation in Polen um die Jahreswende 2020/21	2
Ewa Maria Marciniak, Universität Warschau	
■ UMFragen	
Parteipräferenzen und Einstellungen zu Politikern	6
Prognosen für 2021	8
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	9
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 15. Dezember 2020 – 18. Januar 2021	13
■ CHRONIK	
15. Dezember 2020 – 18. Januar 2021	17

Die innenpolitische Situation in Polen um die Jahreswende 2020/21

Ewa Maria Marciniak, Universität Warschau

DOI: 10.31205/PA.268.01

Zusammenfassung

In der Analyse geht es um die gegenwärtige politische Verfassung des Regierungslagers und der Opposition in Polen. Es würde den Fortbestand und die Integrität der Regierungskoalition begünstigen, wenn Präsident Andrzej Duda den bisherigen Stil seiner Amtsausübung fortsetzt. Das heißt, dass er seine Aktivitäten den politischen Interessen seines Lagers unterordnet. Das Jahr 2021 begann jedoch mit einem Veto des Präsidenten. Hinzu kommen Spannungen in der Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*). Die Oppositionsparteien haben zurzeit kein ausformuliertes politisches Programm, das eine Alternative zum Regierungsprogramm sein könnte. Die Gesellschaft braucht jedoch Alternativen, was die Wahlergebnisse der Präsidentenwahlen sowie die großen Straßenproteste im Jahr 2020 zeigen. Da ein Regierungswechsel in einem demokratischen Land mittels Wahlen stattfindet, kann die Institutionalisierung der gesellschaftlichen Protestenergie oder die Bildung eines Bündnisses der Protestierenden mit den bestehenden Parteien eine Voraussetzung für eine Veränderung in Polen sein.

Der Kontext

Um die innenpolitische Situation um den Jahreswechsel 2020/21 einordnen zu können, sollten sowohl zeitlich entferntere Faktoren hinzugezogen werden als auch solche, die aktuell Einfluss nehmen. Zu ersteren gehören das Ergebnis der Präsidentenwahlen im Juni/Juli 2020 und der vorangegangene Wahlkampf. Auch kann die Covid-19-Pandemie nicht übergangen werden, ein Ereignis, das gewaltigen Einfluss auf alle Lebensbereiche des Individuums, der Gesellschaft und des Staates hat. Das Ende des Jahres 2020 war gekennzeichnet von den Protesten verschiedener Milieus, insbesondere von den Frauenprotesten gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechtes, die ein Urteil des polnischen Verfassungstribunals (Oktober 2020) angestoßen hat. Erfahrungsgemäß können solche Faktoren nur im Rahmen einer wissenschaftlichen Analyse getrennt betrachtet werden; in der Realität beeinflussen sie sich gegenseitig und beantworten zusammen die Frage, in was für einer Zeit wir leben und was das für uns bedeutet.

Ich beginne mit den Präsidentenwahlen im Juni/Juli 2020, die trotz der seitdem vergangenen Zeit von Bedeutung für die aktuelle Situation sind.

Das Wahlergebnis des bestätigten Präsidenten Andrzej Duda muss zwar als Erfolg interpretiert werden, doch es illustriert viele Phänomene und Prozesse, die sich in der Gesellschaft herausbildeten und weiterwirken. Dudas Sieg hat natürlich Bedeutung für seine Beziehung zum Milieu der größten Regierungspartei, Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Angesichts der großen finanziellen Summen (mehr als 28 Millionen Zloty) und des Engagements vieler führender *PiS*-Politiker im Wahlkampf, u. a. des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki, muss der geringe Vorsprung von ca. 400.000 Stimmen gegenüber dem Kandidaten Rafał Trzaskowski

jedoch dazu führen, dass über eine Neuorientierung des Stils der zweiten Amtszeit nachgedacht wird. Das vom Präsidenten im Januar 2021 eingebrachte Veto gegen eine Gesetzesnovelle (zur Einteilung der Bereiche der Regierungsverwaltung) kann der Anfang einer autonomen Politik des Präsidenten sein. Das Veto ist im Grunde die erste bedeutende Aktivität Dudas. Bisher, seit seinem Wahlsieg, war er im öffentlichen Bereich wenig aktiv; abgesehen von rituellen Pflichten hat er nicht das Wort ergriffen, so auch nicht in Schlüsselfragen wie beispielsweise den Straßenprotesten. (Der Ordnung halber sei hier an seinen Gesetzesentwurf zur Familienplanung und zu den Bedingungen der Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs erinnert, der aktuell aber nicht weiterverfolgt wird.) Der Anfang seiner zweiten Amtszeit war davon gekennzeichnet, dass der Präsident im Schatten blieb.

Das Regierungslager um die Jahreswende 2020/21

In der öffentlichen Meinung kam die Überzeugung auf, dass Dudas Veto der Beginn für die Entwicklung neuer Aktivitäten ist. Was spricht dafür? Erstens die Personalveränderungen in der Präsidentenkanzlei. Krzysztof Szczerski, der Leiter des Präsidentenkabinetts und langjährige Mitarbeiter Dudas, verliert seinen Posten, und auch die Abberufung von Paweł Mucha, dem Chef der Präsidentenkanzlei, der sich stets als loyaler Beamter präsentierte, gibt zu denken. Allerdings wurde Szczerski zum Beauftragten für den Aufbau des Büros für Internationale Politik des Präsidenten ernannt, eines neuen Gebildes, dessen Aufgabe darin besteht, die internationalen Politikbereiche des Staatsoberhauptes zu systematisieren. Dass der Präsident in den vergangenen Tagen aktiver wurde, kann der Beginn einer neuen Etappe in seiner

Präsidentschaft sein, manchen Einschätzungen zufolge kann er sogar die Rolle eines weiteren Koalitionspartners einnehmen. Das würde bedeuten, dass er Bedingungen stellen und ein zähes Spiel mit der *PiS* spielen wird. Die Frage ist, ob Andrzej Duda eine solche politische Position und Persönlichkeit hat, die einen Neubeginn erlauben. Nein, meiner Meinung nach. Duda wird ein Politiker bleiben, der gegenüber Jarosław Kaczyński, dem *PiS*-Parteivorsitzenden und Vize-Ministerpräsidenten, loyal ist. Obgleich er zu jung für den politischen Ruhestand ist, ist er bislang zu schwach für vollständige Unabhängigkeit. Doch selbst wenn diese politische Säule unverändert bliebe, hat die *PiS* ein Problem mit ihren Koalitionspartnern Solidarisches Polen (*Solidarna Polska*) und Verständigung (*Porozumienie*). Der Konflikt mit Solidarisches Polen, der Partei von Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro, äußert sich zurzeit nicht deutlich – was nicht bedeutet, dass er nicht existiert. Die Spannungen zwischen Solidarisches Polen und der *PiS*, die vor der Regierungsumbildung im Herbst 2020 zutage traten, bestehen bis heute. Vielleicht werden sie von den Medien nicht so laut bekannt gemacht, aber das heißt nicht, dass es sie nicht gibt. Zugrunde lagen dem Streit zwischen der *PiS* und Solidarisches Polen ideologische Fragen, die nach wie vor aktuell sind. Es ging so weit, dass Solidarisches Polen mit seinem Austritt aus der Koalition drohte.

Die Politiker der Gruppierung von Zbigniew Ziobro stellten infrage, dass die *PiS* zur politischen Rechten gehört, sowie ihre Verbundenheit mit konservativen Werten. Patryk Jaki rief zum Kulturkampf im Namen der Verteidigung rechter Ideen und Werte auf. Die *PiS* verteidigte sich lange und wollte in Richtung Mitte gehen. Allerdings sehen wir, dass sie nachgeben musste, da für die *PiS* das effektive Regieren Priorität hat, zumal die wichtigsten Kräfte und Instrumente für die Bekämpfung der Corona-Epidemie eingesetzt werden müssen und nicht für koalitionsinterne Streitigkeiten. Darüber hinaus liegt der Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) insgesamt sehr daran, nach außen das Bild eines monolithischen Bündnisses abzugeben. Dieses Bild wird nicht nur von der Kernwählerschaft gewünscht, sondern auch von den Wählern, die den »guten Wandel« im Allgemeinen unterstützen und Stabilisierung sowie eine effektive Regierung wollen. Heute, da sich Fragen der Rettung der Wirtschaft vor den Folgen der Pandemie und der Kampf gegen das Corona-Virus an die Spitze der politischen Agenda schieben, belebte sich die weltanschauliche Problematik angesichts des oben genannten Urteils des Verfassungstribunals und der großen gesellschaftlichen Proteste (siehe [Polen-Analyse 267](#)). Ziobro will der Anführer der »wahren Rechten« sein, die Frage ist, um welchen Preis? Die Mehrheit der Umfragen weist nicht darauf hin, dass Solidarisches Polen selbständig erfolgreich in Parlamentswahlen starten kann, es gibt

aber auch solche, in denen Solidarisches Polen die Fünf-Prozent-Hürde überschreitet. Das gibt der Partei Antrieb für ein autonomeres Vorgehen. Zur Hilfe kommt die Haltung von Jarosław Gowin, Vorsitzender des Koalitionspartners Verständigung. In den letzten Tagen protestierte Gowin deutlich gegen den Entwurf einer Gesetzesnovelle, demzufolge es nicht mehr möglich sein soll, ein wegen einer Ordnungswidrigkeit verhängtes Bußgeld abzulehnen. Gowin hat angekündigt, dass er diese Novelle nicht unterstützen wird. Seine Partei Verständigung lanciert die Botschaft, dass sie eine freiheitliche und auf den Bürger ausgerichtete Vereinigung ist, weshalb sie Restriktionen nicht unterstützen könne, die eine Beschränkung der Freiheit des Bürgers bedeuten. Ziobro und Gowin scheinen sich also von manchen Ideen der *PiS* zu distanzieren. Solche Einstellungen werden sich umso deutlicher und häufiger zeigen, je näher die Parlamentswahlen im Jahr 2023 kommen. Dann wird man sich nach potentiellen neuen Koalitionspartnern umsehen müssen, wenngleich solche aus der Perspektive des Januar 2021 sehr exotisch scheinen.

Mit welchen Ressourcen ging die Opposition in das neue Jahr 2021? Verfügt sie über politische Stärke?

Welchen Einfluss hat die Opposition auf die aktuellen Themen?

Ganz offensichtlich ist die Opposition nicht homogen. Feststellen lassen sich bestimmte Unterschiede in der Haltung der oppositionellen Parteien zum Regierungslager. Dabei halte ich die Partei Konföderation (*Konfederacja*) für diejenige, die am kritischsten eingestellt ist. Die Kritik dieser Formation bezieht sich vor allem auf die ökonomischen Lösungen und Vorhaben der Regierung. Das ergibt sich daraus, dass sich die Konföderation als Partei geriert, die für die freie Marktwirtschaft und eine Minimalisierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft ist. Diese Aspekte bescherten der Konföderation Unterstützung in den Parlamentswahlen und nicht die Themen, die mit ihrer national-katholischen Orientierung verknüpft sind. Um also in den kommenden Jahren unterstützt zu werden, muss sich die Konföderation als Fürsprecher für Kleinunternehmen präsentieren. Ein großer Teil ihrer Kritik ergibt sich aus ihrer Ablehnung des wirtschaftlichen Lockdowns infolge der Corona-Pandemie. Bei dieser Partei wird also fokussierte Kritik deutlich.

Das Bündnis Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*) konzentriert sich ebenfalls darauf, die Regierung zu kritisieren. Hier handelt es sich aber um vergleichsweise diffuse Kritik, das heißt, dass sie sich auf viele verschiedene Aspekte – wirtschaftliche, weltanschauliche, strukturelle – bezieht. Diese Ausdifferenzierung dient der *KO* nicht, und zwar in dem Sinne, dass der Wähler viel Zeit und intellektuelle Mühe aufbringen muss, um die Standpunkte der *KO* zu verstehen und zu interpretieren. Indessen interessieren sich die Menschen nur bedingt für poli-

tische Fragestellungen, weshalb sie unkomplizierte und klare Botschaften bevorzugen. Zudem ist auch die Bürgerkoalition nicht frei von internen Spannungen. Der schon länger bestehende Konflikt zwischen den verschiedenen Flügeln der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), die die größte Gruppierung in der *KO* ist, spiegelt sich gegenwärtig in den Spannungen zwischen Borys Budka und Grzegorz Schetyna wieder. Es ist ein Konflikt zwischen zwei Anführern und zwei Generationen. Von der öffentlichen Meinung wird Budka nicht als Oppositionsführer anerkannt, es werden ihm keine Führungsqualitäten zugeschrieben. In einer Umfrage zum »Politiker des Jahres 2020« wird Budka nicht aufgeführt. Aus den Reihen der Oppositionspolitiker erhielten Szymon Hołownia und Rafał Trzaskowski (*PO*) je sechs Prozent (Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wurde mit elf Prozent auf den ersten Platz gewählt, Präsident Andrzej Duda belegte mit acht Prozent den zweiten Rang). Diese Ergebnisse zeigen, dass der Bürgerplattform Diskussionen über personelle und programmatische Veränderungen sowie über Veränderungen in der Kommunikation mit ihren Wählern bevorstehen.

Die parlamentarische Koalitionsfraktion der Linken (*Lewica*) wird vor allem mit der Demokratischen Linksalianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) assoziiert, denn trotz seines großen politischen Potentials scheint Adrian Zandberg, Mitbegründer der linken Partei »Gemeinsam« (*Razem*), im Schatten der aktuellen Politik zu bleiben. Seine eher beiläufigen Aussagen reichen nicht aus, um das Bild eines effektiven Politikers aufrechtzuerhalten, und man kann sagen, dass Zandberg seine Chance auf wesentliche politische Einflussnahme vergeudet. Er ist in den sozialen Medien aktiv, ebenso wie andere Politiker seiner Partei, allerdings ergibt sich daraus nicht die Möglichkeit der sekundären, das heißt einer medialen Legitimation. Damit ist die große, übergreifende mediale Sichtbarkeit gemeint, die Politikern nach einem Wahlsieg die Chance auf Aufrechterhaltung ihrer Popularität gibt. Das ergibt sich schlicht aus der Medialisierung der Politik. Folglich können die linken Wähler, die bereits zuvor von der Partei Frühling (*Wiosna*) mit Robert Biedroń an der Spitze enttäuscht wurden, erneut eine Enttäuschung erleben. Es bleibt also die *SLD* übrig, die konsequent ihre linke und progressive Orientierung präsentiert. Leider ist angesichts der Tatsache, dass viele junge Politiker zur *KO* überwechselten, das Gesicht der polnischen Linken vor allem das von Włodzimierz Czarzasty. Das ist jedoch nicht zukunftsweisend. Die Linke sollte daher in junge Aktivisten investieren, ihnen die Chance auf eine mediale Existenz geben, um so ihre Möglichkeiten in den kommenden Wahlen zu vergrößern.

Die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) ist eine Partei, die unter dem Vorsitz von Władysław Kosiniak-Kamysz in der letzten Zeit viel

experimentiert hat. Beispielsweise hat sie die Polnische Koalition (*Koalicja Polska*) gegründet, ein Gebilde, das allerdings die Zeit und die Herausforderungen nicht überdauerte. Um die Jahreswende 2020/21 ist der Einfluss der *PSL* auf die Ereignisse verschwindend gering. Vielleicht aber flüstert Kosiniak-Kamysz' Intelligenz ihm neue Lösungen ein sowie Möglichkeiten, politische Verbündete oder Koalitionäre zu finden. Gegenwärtig sind Annäherungsversuche mancher *PSL*-Akteure an die *PiS* zu beobachten. Es ist schwer vorherzusehen, was sich daraus ergeben wird, zumal hier auch das Verhältnis zwischen der *PiS* und Solidarisches Polen und die potentielle Suche nach einem neuen Koalitionspartner mit hineinspielt.

Szymon Hołownia ist ein Politiker, der die Hoffnung auf eine qualitative Veränderung in der polnischen Politik weckt. Er nutzt die Zeit seit den Präsidentenwahlen auf maximal effektive Weise. Es gelang ihm, eine Parlamentsabgeordnete für seine Bewegung Polen 2050 (*Polska 2050*) zu gewinnen, und auch ein Senatsmitglied hat den Wechsel vollzogen. Gemächlich bestimmt Hołownia seinen Platz auf der politischen Bühne und vielleicht wird diese Gruppierung ja nicht das Los von *Kukiz '15*, Frühling und Die Moderne (*Nowoczesna*) teilen, die praktisch keine politische Bedeutung haben (hier könnte auch die nicht mehr existierende Palikot Bewegung/*Ruch Palikota* hinzugefügt werden). Bei Hołownia ist eine große Entschlossenheit zu beobachten, ein politisches Programm zu entwickeln und lokale Strukturen zu schaffen. Drei Bedingungen für das Funktionieren einer politischen Vereinigung – Führung, Programm, Strukturen – scheinen also umgesetzt zu werden. Was fehlt, ist Geld.

Außerdem gibt es den »Landesweiten Frauenstreik« (*Ogólnopolski Strajk Kobiet*). Es ist nicht möglich, diese Organisation, die hinter den großen Protesten im Herbst steht, zu übergehen. Die Proteste weckten eine enorme gesellschaftliche Energie, zu handeln und die eigenen Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren. Für die nächste Zeit sind zwei Aspekte von Bedeutung. Erstens das Szenario, dass die gesellschaftliche Energie institutionalisiert wird. Der Landesweite Frauenstreik kann dafür der Anfang sein; um die Organisation herum kann eine neue gesellschaftliche Bewegung entstehen mit Ambitionen, bei den nächsten Wahlen zu kandidieren. Notwendig ist daher ein Programm. Davon, ob es gelingt, die aktuelle gesellschaftliche Energie, Empörung und den Wunsch nach Veränderung zu institutionalisieren und in eine gesellschaftliche Bewegung umzugestalten, die die Verwirklichung konkreter Forderungen anstreben wird, hängt die Zukunft und Struktur dieser oppositionellen Manifestation ab. Die zweite Frage ist, ob die parlamentarische Opposition das gesellschaftliche Potential effektiv nutzt und es nicht zulässt, dass die ganze Angelegenheit eines natürlichen Todes stirbt. Man kann die Hypothese

aufstellen, dass die Menschen ohne die Institutionalisierung der Bewegung und ohne die Aktivitäten der parlamentarischen Opposition schnell vergessen werden, wofür und für wen der Landesweite Frauenstreik gekämpft hat.

Jeder Protest, der wirksam sein und zu gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen führen soll, muss eine Führung, ein Ziel und einen Handlungsplan haben. Die Hoffnung der Protestierenden bestand darin, dass der Landesweite Frauenstreik diese Führung übernimmt und festigt, klare Ziele bestimmt und die Protestierenden zu deren Verwirklichung führt. Reicht die Entschlossenheit und Konsequenz? Das ist eine Frage an die Anführerinnen des Landesweiten Frauenstreiks, insbesondere an Marta Lempart.

Die gesellschaftliche Energie

Die politischen Erfahrungen der letzten Zeit und insbesondere die Präsidentenwahlen zeigten, dass es eine Alternative zum Regierungslager gibt. Das bestätigt das Wahlergebnis von Rafał Trzaskowski, der im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen eine mit dem Ergebnis von Andrzej Duda vergleichbare Unterstützung erhielt. Nicht zu vergessen, braucht die Gesellschaft eine solche Alternative, denn sie will die Wahl haben.

Das Bewusstsein über den Wunsch nach Wahlmöglichkeit und ungefährdeter Wahlfreiheit ist eine Folge dessen, dass die Gesellschaft aus ihrer politischen Lethargie aufgewacht ist. Der Wahlkampf, die kommunikative Aktivität der Politiker und Kandidaten waren ein Anreiz für die Menschen, nachzudenken, ob sie eine Fortsetzung der Politik oder eine Veränderung wollen. Die hohe Beteiligung bei den Präsidentenwahlen 2020 ist die Voraussetzung, darüber zu reflektieren, dass die polnische Gesellschaft in verschiedenen Bereichen aktiv sein kann, was zum Beispiel die Proteste im Herbst letzten Jahres gezeigt haben.

Wahlfreiheit ist ein Schlagwort, das diese Proteste begleitete. Von ihnen wurden nicht nur die großen Städte, sondern auch mittlere und Kleinstädte sowie Dörfer ergriffen (was ein Unterschied beispielsweise zu den Protesten gegen die Justizreform ist). Die so weit reichende Mobilisierung hat die *PiS*-Führung zweifellos überrascht. Die bemühte Narration, dass die Proteste einen Anstieg der Corona-Infektionen hervorgerufen, wirkte nicht.

Die Regierung war überzeugt, dass die beherrschende gesellschaftliche Emotion die Angst vor der Epidemie,

die Sorge um Gesundheit und Leben sei. Sie ging davon aus, dass die Epidemie die Menschen zu Hause halten und Proteste gegen das Urteil des Verfassungstribunals zum Abtreibungsrecht verhindern wird. Sie hat sich schmerzhaft getäuscht, denn die Proteste waren keine einmalige Angelegenheit. Am 30. Oktober 2020 gingen in Warschau ca. 100.000 Menschen auf die Straße; zwei Tage zuvor war es in 410 polnischen Städten und in vielen Städten im Ausland zu Protesten gekommen. Mit Slogans gegen die Regierungspartei zogen die Protestteilnehmer vor das Gebäude des Verfassungstribunals, das Haus von *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński, in verschiedenen Städten vor den Parteisitz der *PiS*. Die gesellschaftliche Erregung, der Widerstand und die Wut der Frauen, die im Herbst 2020 in ganz Polen sichtbar wurden, kann der Keim einer größeren Abneigung gegenüber der regierenden Vereinigten Rechten in der Zukunft sein. In der aktuellen Situation geht es allerdings nicht nur darum, ob die *PiS* in Umfragen an Zustimmung verliert und ggf. wieviel. (Zumal Umfragen immer einer gewissen Dynamik unterliegen und nach einer Phase deutlich reduzierter Zustimmung zu beobachten ist, dass sich die Umfragewerte der *PiS* wieder schrittweise verbessern.)

Wichtig ist, in welchem Ausmaß der aktuelle Konflikt unter der *PiS*-Regierung auf weltanschaulicher, absolut fundamentaler Ebene aktiviert wird, um die Frage zu stellen, was Freiheit ist, was Wahl ist, was Leben ist. Die Antworten müssen individuell gegeben werden, was bedeutet, dass jeder Mensch in bestimmten Situationen damit konfrontiert wird. Sie werden nicht nur von den persönlichen Ansichten beeinflusst, sondern auch von den institutionellen und strukturellen Gegebenheiten. Und darum geht es im aktuellen Konflikt, der bisher sehr diffus war und nun die fundamentalen Werte betrifft und unvorhersehbare Folgen haben kann. Wir wissen nicht, wohin das Ganze führen wird, ebenso wenig sind die politischen Folgen schon zu sehen.

Es kam eine gesellschaftliche Energie zum Vorschein, die zur Bewirtschaftung steht. Aber das ist problematisch, denn wer soll der Lenker, Heger und Pfleger der gemeinsamen Energie sein? Die Entwicklung der Ereignisse wird davon abhängen, wie die Regierung mit der Krise zurechtkommt und wie sich das Mengenverhältnis zwischen den Unzufriedenen und denen, welchen alles egal ist, ausnimmt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

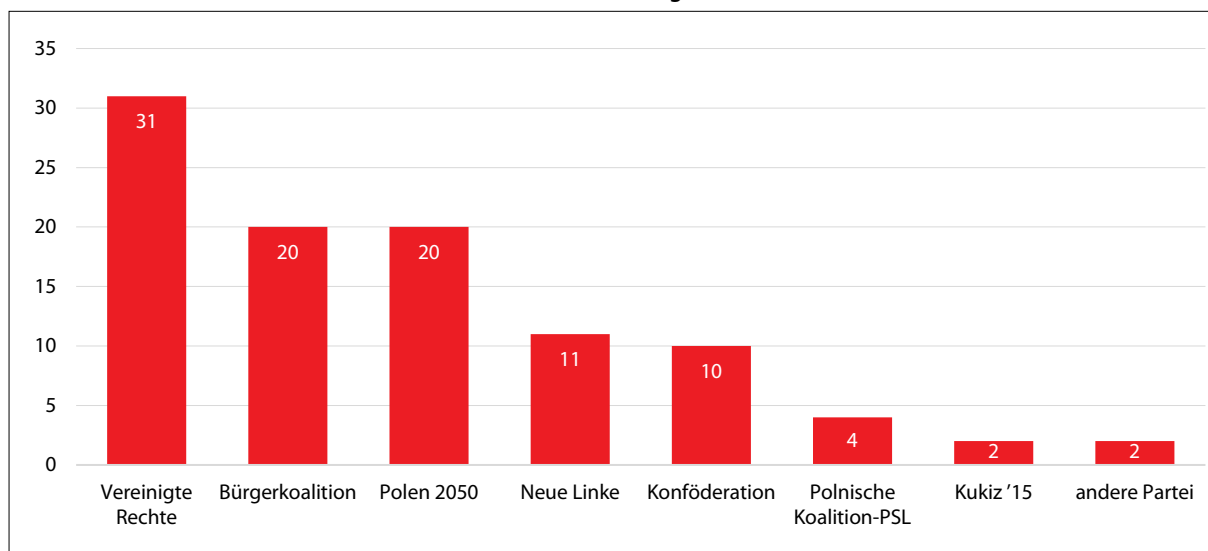
Über die Autorin

Dr. habil. Ewa Maria Marciniak, Politologin am Fachbereich Politische Wissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau (Wydział Nauk Politycznych i Studiów Międzynarodowych, Uniwersytet Warszawski). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wahlverhalten, politische Kommunikation und politisches Marketing. In meinungsbildenden Medien in Polen ist sie als Kommentatorin politischer Ereignisse präsent.

UMFRAGEN

Parteipräferenzen und Einstellungen zu Politikern

Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (Dezember 2020, %)

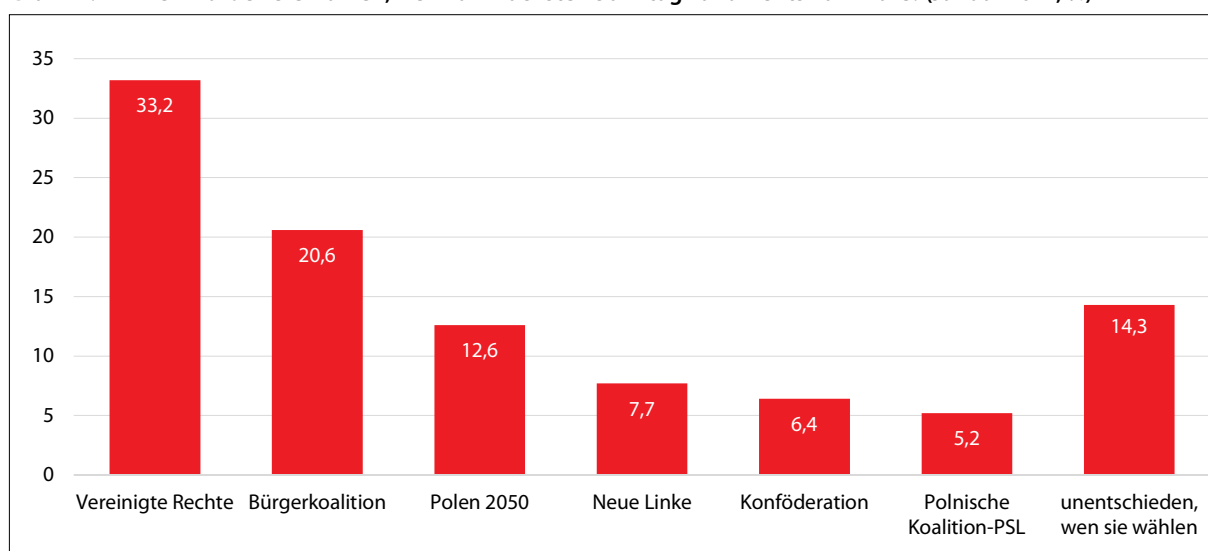


Telefonische Befragung von Social Changes für wPolityce.pl vom 18.–21.12.2020, CAWI-Methode, 1.096 Befragte.

Vereinigte Rechte – Zjednoczona Prawica (= PiS, Solidarna Polska, Porozumienie); Bürgerkoalition – Koalicja Obywatelska (= PO, Nowoczesna, Inicjatywa Polska, Zieloni); Polen 2050 – Polska 2050; Neue Linke – Nowa Lewica (= Razem, SLD, Wiosna); Konföderation – Konfederacja; Polnische Koalition PSL/Polnische Koalition-PSL – Polska Koalicja-Polskie Stronnictwo Ludowe – Vereinigte Bauernpartei;

Quelle: <https://www.wnp.pl/parlamentarny/sondaze/zjednoczona-prawica-z-lekkim-spadkiem-poparcia-w-nowym-sondazu,840.html> (abgerufen am 13.01.2021).

Grafik 2: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahl wäre? (Januar 2021, %)

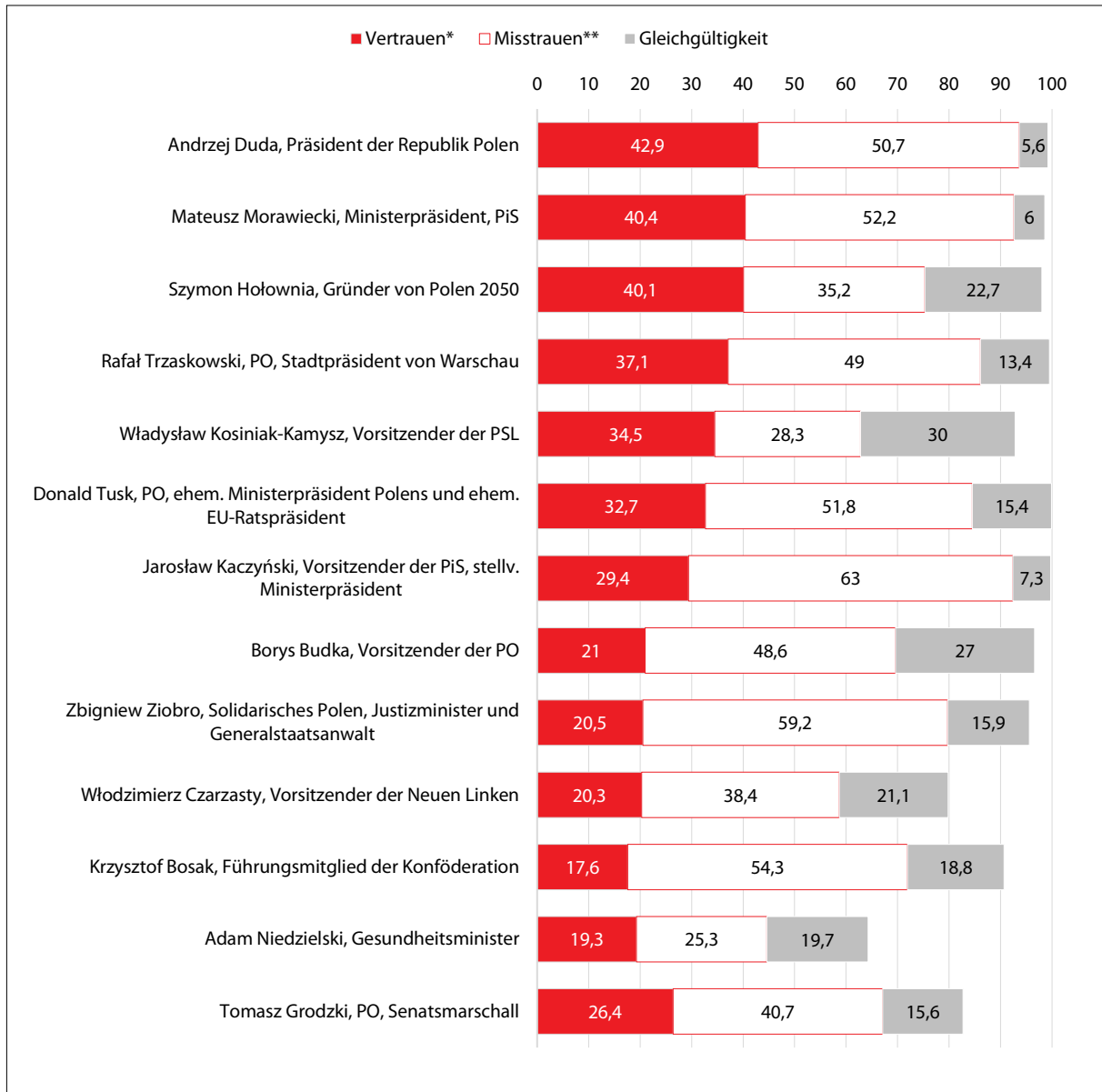


Telefonische Befragung von IBRIS für Rzeczpospolita vom 8.–9.1.2021, CATI-Methode, 1.100 Befragte.

Vereinigte Rechte – Zjednoczona Prawica (= PiS, Solidarna Polska, Porozumienie); Bürgerkoalition – Koalicja Obywatelska (= PO, Nowoczesna, Inicjatywa Polska, Zieloni); Polen 2050 – Polska 2050; Neue Linke – Nowa Lewica (= Razem, SLD, Wiosna); Konföderation – Konfederacja; Polnische Koalition PSL/Polnische Koalition-PSL – Polska Koalicja-Polskie Stronnictwo Ludowe – Vereinigte Bauernpartei;

Quelle: <https://www.wnp.pl/parlamentarny/sondaze/pis-wygrywa-bez-wzgledu-na-ruchy-opozycji,841.html> (abgerufen am 13.01.2021).

Grafik 3: Die Einstellung zu Politikern (%)



*umfasst die Angaben: eindeutig Vertrauen und eher Vertrauen **umfasst die Angaben: eher Misstrauen und eindeutig Misstrauen

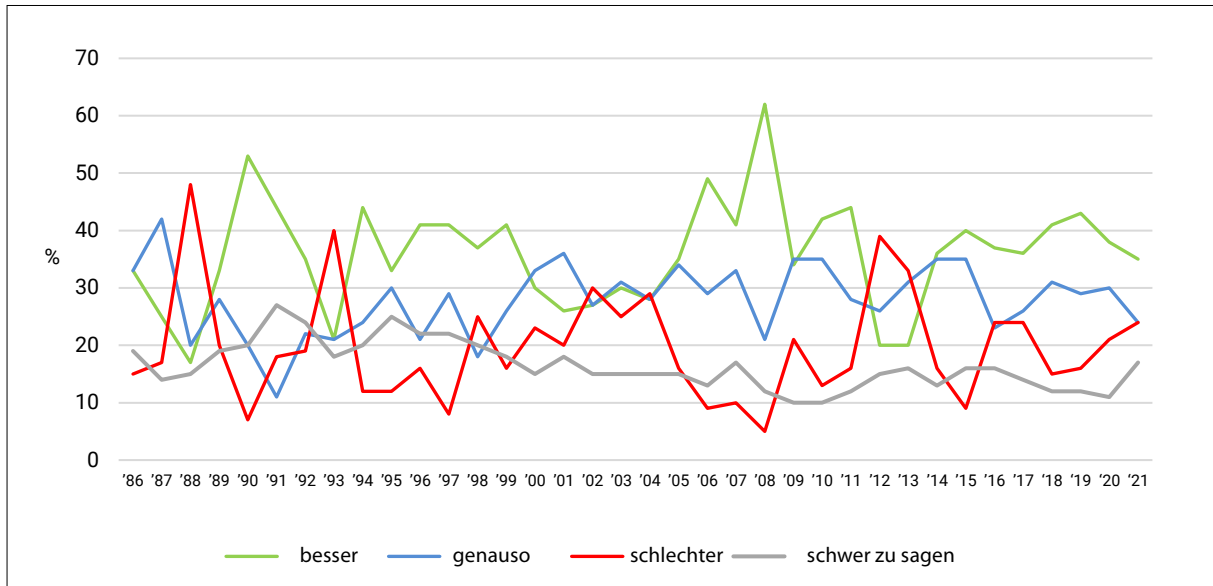
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; Polen 2050 – Polska 2050; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Solidarisches Polen – Solidarna Polska; Neue Linke – Nowa Lewica; Konföderation - Konfederacja

Telefonische Befragung von IBRIS für Onet.pl vom 11.–12.12.2020, CATI-Methode, 1.100 Befragte.

Quelle: <https://www.wnp.pl/parlamentarny/sondaze/rosnie-poparcie-dla-prezydenta-prezes-pis-na-przeciwnym-biegunie,836.html> (abgerufen am 13.01.2020)

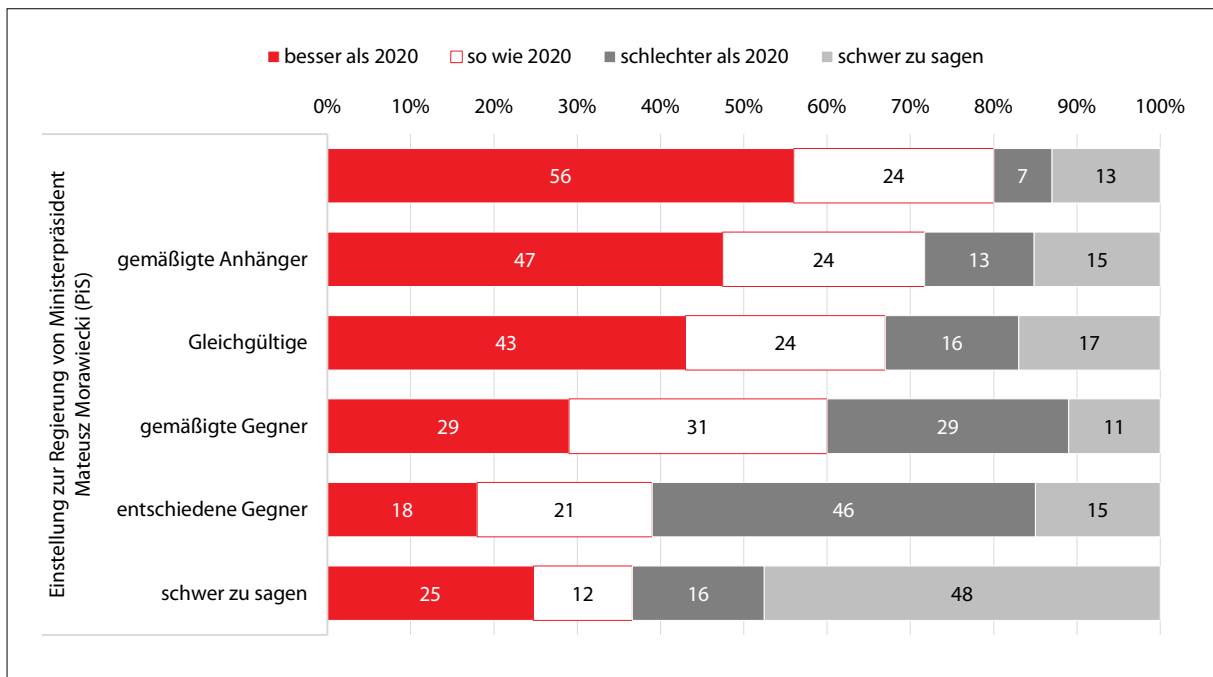
Prognosen für 2021

Grafik 1: Wie wird das kommende Jahr für Polen? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 3: Prognozy na rok 2021 [Prognosen für das Jahr 2021]. Warszawa 01/2021. www.cbos.pl

Grafik 2: Wie wird das Jahr 2021 für Polen? (%)

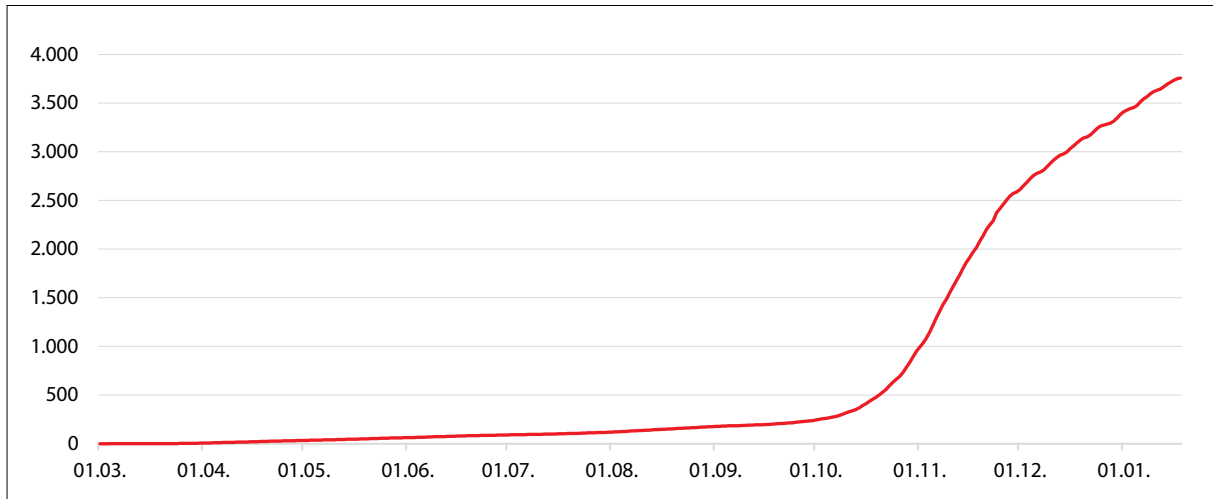


Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 3: Prognozy na rok 2021 [Prognosen für das Jahr 2021]. Warszawa 01/2021. www.cbos.pl

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 18. Januar 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–14.12.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–267.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 18.01.2021, 13:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

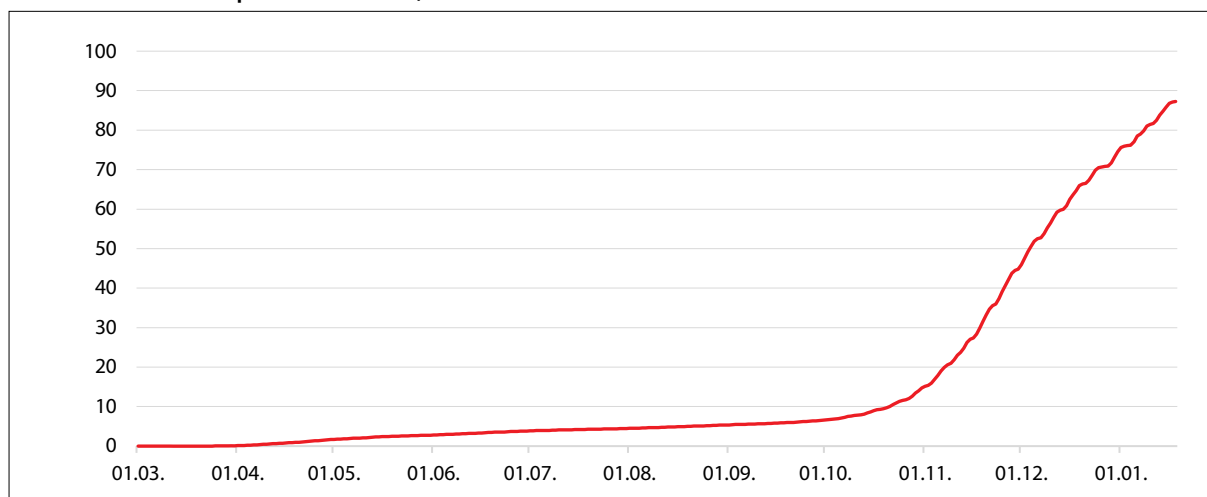
Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (15. Dezember 2020– 18. Januar 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
15.12.	1.147.446	6.874	02.01.	1.312.780	7.006
16.12.	1.159.901	12.455	03.01.	1.318.562	5.782
17.12.	1.171.854	11.953	04.01.	1.322.947	4.385
18.12.	1.182.864	11.010	05.01.	1.330.543	7.596
19.12.	1.194.110	11.246	06.01.	1.344.763	14.220
20.12.	1.202.700	8.590	07.01.	1.356.882	12.119
21.12.	1.207.333	4.633	08.01.	1.365.645	8.763
22.12.	1.214.525	7.192	09.01.	1.376.389	10.744
23.12.	1.226.883	12.358	10.01.	1.385.522	9.133
24.12.	1.239.998	13.115	11.01.	1.390.385	4.863
25.12.	1.249.079	9.081	12.01.	1.395.779	5.394
26.12.	1.253.957	4.878	13.01.	1.404.905	9.126
27.12.	1.257.799	3.842	14.01.	1.414.362	9.457
28.12.	1.261.010	3.211	15.01.	1.422.320	7.958
29.12.	1.268.634	7.624	16.01.	1.429.612	7.292
30.12.	1.281.414	12.780	17.01.	1.435.582	5.970
31.12.	1.294.878	13.464	18.01.	1.438.914	3.332
01.01.	1.305.774	10.896			

Für die Zahlen vom 01.03.–14.12.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255–267.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 18.01.2021, 13:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 18. Januar 2021, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–14.12.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –267.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 18.01.2021, 13:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (15. Dezember 2020 – 18. Januar 2021, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
15.12.	23.309	349
16.12.	23.914	605
17.12.	24.345	431
18.12.	24.771	426
19.12.	25.254	483
20.12.	25.397	143
21.12.	25.474	77
22.12.	25.783	309
23.12.	26.255	472
24.12.	26.752	497
25.12.	26.992	240
26.12.	27.061	69
27.12.	27.118	57
28.12.	27.147	29
29.12.	27.454	307
30.12.	28.019	565
31.12.	28.554	535
01.01.	28.956	402

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
02.01.	29.058	102
03.01.	29.119	61
04.01.	29.161	42
05.01.	29.502	341
06.01.	30.055	553
07.01.	30.241	186
08.01.	30.574	333
09.01.	31.011	437
10.01.	31.189	178
11.01.	31.264	75
12.01.	31.593	329
13.01.	32.074	481
14.01.	32.456	382
15.01.	32.844	388
16.01.	33.213	369
17.01.	33.355	142
18.01.	33.407	52

Für die Zahlen vom 01.03.–14.12.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –267.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 18.01.2021, 13:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (18. Januar 2021, 10.30 Uhr)



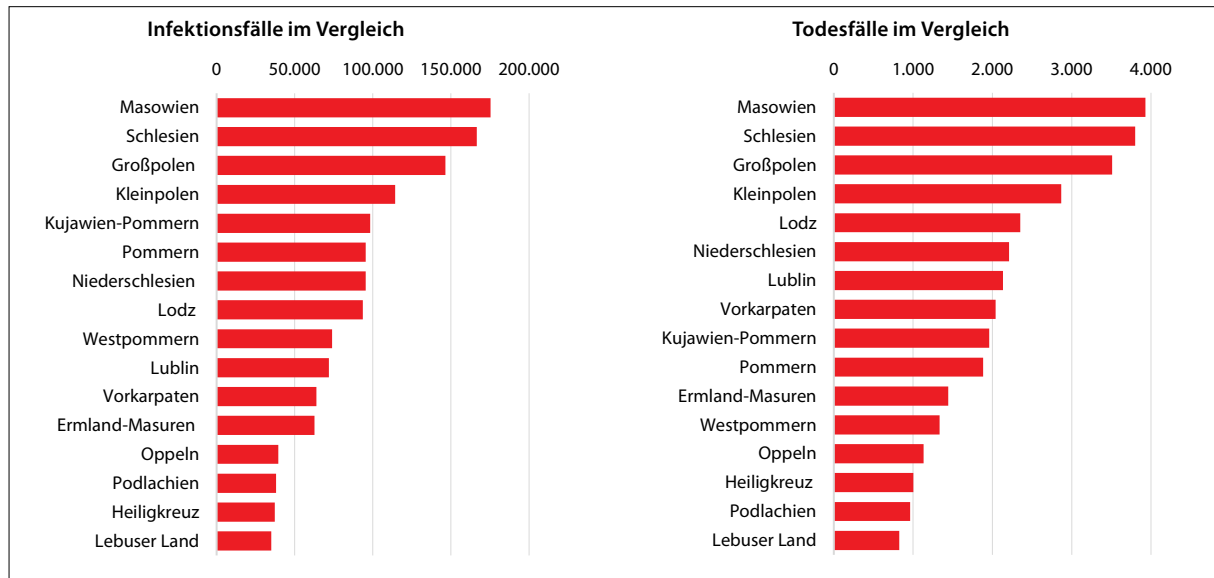
Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-zaszczepione-osoby-18-stycznia-2021-4344739> (abgerufen am 18.01.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 nach Woiwodschaften (18. Januar 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-zaszczepione-osoby-18-stycznia-2021-4344739> (abgerufen am 18.01.2021); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Grafik 5: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (18. Januar 2021, 10.30 Uhr)



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-zaszczepione-osoby-18-stycznia-2021-4344739> (abgerufen am 18.01.2021)

Tabelle 3: Covid-19-Infektions- und Todesfälle nach Woiwodschaften im Vergleich (18. Januar 2021, 10.30 Uhr)

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	62.561	1.441
Großpolen (wielkopolskie)	146.456	3.510
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	37.307	1.004
Kleinpolen (małopolskie)	114.233	2.869
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	98.396	1.960
Lebuser Land (lubuskie)	35.017	826
Lodz (łódzkie)	93.627	2.352
Lublin (lubelskie)	71.880	2.133
Masowien (mazowieckie)	175.357	3.932
Niederschlesien (dolnośląskie)	95.463	2.211
Oppeln (opolskie)	39.482	1.131
Podlachien (podlaskie)	38.118	964
Pommern (pomorskie)	95.473	1.885
Schlesien (śląskie)	166.533	3.801
Vorkarpaten (podkarpackie)	63.869	2.042
Westpommern (zachodniopomorskie)	73.852	1.334

Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-zaszczepione-osoby-18-stycznia-2021-4344739> (abgerufen am 18.01.2021)

Covid-19-Chronik, 15. Dezember 2020 – 18. Januar 2021

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
15.12.2020	1.147.446/23.309	Die Regierung verabschiedet das Nationale Impfprogramm, dessen Ziel es ist, im Jahr 2021 eine Herdenimmunität gegen Covid-19 zu erreichen. Die zweifache Impfung gegen das Corona-Virus soll kostenlos und freiwillig sein.
16.12.2020	1.159.901/23.914	Bildungs- und Wissenschaftsminister Przemysław Czarnek unterzeichnet eine Novelle der Verordnung zur Durchführung von Abschlussprüfungen in den Schulen während der Corona-Epidemie. Demnach gilt im Jahr 2021 für die Abschlussprüfungen der 8. Klasse und die Abiturprüfungen ein reduzierter Anforderungskatalog. Die Abiturprüfungen werden nur schriftlich durchgeführt.
17.12.2020	1.171.854/24.345	In seiner Bekanntmachung nach seiner Sitzung ruft der Ständige Rat der Polnischen Bischofskonferenz dazu auf, insbesondere am 25. Dezember sowie am 1. und 6. Januar wenn möglich mehr Heilige Messen in Kirchen und Kapellen abzuhalten. Damit soll die aufgrund der Corona-Epidemie geltende Beschränkung der Personenanzahl in den Gotteshäusern ausgeglichen werden. Weiter äußern die Bischöfe die Hoffnung, dass die Corona-Epidemie nicht zum Vorwand wird, die Handelsbeschränkungen an Sonntagen aufzuweichen.
18.12.2020	1.182.864/24.771	In Anbetracht der kommenden Weihnachtsfeiertage und von Silvester kündigt der Sprecher der Polizeihauptkommandatur, Mariusz Ciarka, an, dass die Polizei und das Gesundheitsamt bei Verstößen gegen Corona-Schutzmaßnahmen, insbesondere bei Treffen mehrerer Personen, Strafmandate erteilen und die Angelegenheit an die Gerichte verweisen bzw. Geldstrafen zwischen 5 und 30.000 Zloty verhängen können.
19.12.2020	1.194.110/25.254	Ab dem heutigen Tag gilt das Hilfspaket des sog. »Branchenschirms«, das negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Unternehmen in knapp 40 Branchen abmildern soll. U. a. umfasst das Paket die Befreiung von Sozialabgaben, die Zahlung von Kurzarbeitergeld, Unterstützung bei Lohnzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen. Eine Verlängerung der zeitlich befristeten Maßnahmen wird in Aussicht gestellt.
20.12.2020	1.202.700/25.397	Regierungssprecher Piotr Müller teilt mit, dass am 21. Dezember 2020 ab 0.00 Uhr bis zum 6. Januar 2021 der Flugverkehr aus Großbritannien nach Polen eingestellt wird. Der Grund ist, dass in Großbritannien ein mutierter Corona-Virus festgestellt wurde, der deutlich ansteckender ist, als der bisher verbreitete.
21.12.2020	1.207.333/25.474	Nachdem die Europäische Arzneimittel-Agentur den von den Pharmaunternehmen BioNTech und Pfizer entwickelten Impfstoff gegen Covid-19 genehmigt hat, gibt Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, bekannt, dass die ersten zehntausend Impfgaben laut Angaben des Herstellers bis zum 26. Dezember 2020 in Polen eintreffen und am Folgetag die Impfungen gegen Covid-19 begonnen werden.
21.12.2020	1.207.333/25.474	Im Gesetzesblatt werden neue Verordnungen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie veröffentlicht, die ab dem 28. Dezember 2020 bis zum 17. Januar 2021 gelten sollen. Sie betreffen Einschränkungen im Einzelhandel, im Dienstleistungs- sowie Freizeitsektor, im Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie die Versammlungsfreiheit.
22.12.2020	1.214.525/25.783	Nachdem in den vergangenen Tagen bekannt wurde, dass in Großbritannien ein mutierter, deutlich ansteckenderer Corona-Virus aufgetaucht ist, sagt der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, in einem Radiointerview, es seien am Vortag auf den polnischen Flughäfen keine Corona-Tests bei den Flugpassagieren aus Großbritannien gemacht worden, weil das zu einem »Chaos« geführt hätte. Alle Rückkehrer könnten sich an die bereits eingerichteten Teststationen wenden. Andrusiewicz teilt mit, dass am Vortag ca. 10.000 Polen aus Großbritannien mit dem Flugzeug nach Polen gekommen sind; in den Tagen davor seien es mehrere Zehntausend gewesen. Der Hauptgrund für die Reisen sind private Weihnachtsbesuche.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
23.12.2020	1.226.883/26.255	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass das zusätzliche Betreuungsgeld auch während der pandemiebedingt verlängerten Weihnachtsferien bzw. vorgezogenen Winterferien bis zum 17. Januar 2021 gezahlt wird. Bisher galt das Datum des 24. Dezember 2020. Die finanzielle Unterstützung erhalten Eltern, deren Kinder aufgrund des aktuellen Lockdowns nicht in Kitas und andere Betreuungseinrichtungen gehen können. Die monatliche Höchstsumme beläuft sich auf 80 % des Gehaltes und wird nach der Anzahl der Tage berechnet, an denen die Betreuungseinrichtung geschlossen oder nur eingeschränkt tätig ist. Das Geld kann für Kinder bis zum Alter von acht Jahren beantragt werden bzw. bei Kindern mit Behinderungen bis zum 16., 18. oder 24. Lebensjahr. Nach Schätzungen der Sozialversicherungsanstalt können sich die Kosten auf bis zu 3 Mrd. Zloty belaufen.
24.12.2020	1.239.998/26.752	
25.12.2020	1.249.079/26.992	
26.12.2020	1.253.957/27.061	
27.12.2020	1.257.799/27.118	In Polen beginnen die Impfungen gegen Covid-19. Impfberechtigt sind zunächst Angehörige der sog. »Gruppe Null«, das ist medizinisches Personal mit Kontakt zu Covid-19-Patienten sowie das Personal in Alten- und Pflegeheimen.
28.12.2020	1.261.010/27.147	Mit dem Ziel, die Corona-Epidemie zu bekämpfen, gilt ab dem heutigen Tag bis auf Widerruf folgende Regelung für private Treffen zu Hause: Pro Haushalt dürfen fünf weitere Personen empfangen werden. Personen, die gegen Covid-19 geimpft sind, werden nicht mitgezählt.
28.12.2020	1.261.010/27.147	Mit dem Ziel, die Corona-Epidemie zu bekämpfen, gelten ab dem heutigen Tag bis zum 17. Januar 2021 neue Schutzmaßnahmen und Beschränkungen. Im Einzelhandel gilt ein Handelsverbot für Geschäfte mit einer Größe von mehr als 2.000 m ² . In Einkaufspassagen dürfen jedoch Geschäfte für Produkte des täglichen Bedarfs, Baumärkte, Möbelgeschäfte, Geschäfte für Autozubehör sowie Telekommunikation öffnen. Auch Friseur- und Kosmetiksalons, Optiker, Banken, Postfilialen, Autowerkstätten und -waschanlagen, Schuster, Schneider u. ä. dürfen ihre Dienste anbieten. Die Einkaufszeiten montags bis freitags von 10.00 bis 12.00 Uhr für Senioren ab dem 60. Lebensjahr werden beibehalten. Diskotheken, Nachtclubs, Fitnessstudios und Schwimmbäder dürfen nicht öffnen. Hotels dürfen nur Gäste aufnehmen, die aus beruflichen Gründen reisen, die Gastronomie darf nur Speisen zum Mitnehmen anbieten. Versammlungen dürfen nicht organisiert werden (ausgenommen sind Treffen à fünf Personen). Weiterhin muss eine Mund-Nase-Bedeckung getragen und ein Abstand von 1,5 m eingehalten werden.
29.12.2020	1.268.634/27.454	
30.12.2020	1.281.414/28.019	Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass sich die Lehrer der Klassen 1 bis 3 eine Woche vor Schulbeginn (11. bis 15. Januar 2021) freiwillig und kostenlos einem Corona-Test unterziehen können. Zurzeit hätten ca. 190.000 Lehrer ihr Interesse bekundet. Weiter unterstreicht das Ministerium, dass die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts nicht von den Testergebnissen, sondern vom Verlauf der Corona-Epidemie abhängig gemacht wird.
31.12.2020	1.294.878/28.554	Zur Eindämmung von Covid-19 gilt am heutigen Silvestertag ab 19.00 Uhr bis zum kommenden Tag um 6.00 Uhr eine Ausgangssperre in Polen. Ausgenommen sind berufliche Tätigkeiten oder Tätigkeiten, die für die Aufrechterhaltung des täglichen Lebens notwendig sind.
01.01.2021	1.305.774/28.956	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
02.01.2021	1.312.780/29.058	Der Rektor der Medizinischen Universität Warschau (Warszawski Uniwersytet Medyczny – WUM), Zbigniew Gaciong, setzt eine Kommission ein, die mögliche Verstöße bei den Impfungen gegen Covid-19 im Medizinischen Zentrum an der WUM untersuchen soll. Hintergrund ist die Mitteilung der WUM, dass Personen, beispielsweise 18 Vertreter aus Kunst und Kultur, geimpft wurden, die nicht zur sog. »Gruppe Null« gehören, die als erste den Impfstoff bekommen soll. Dies rief heftige Kritik in den Medien und in Teilen der Politik, u. a. bei Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, hervor. Zur »Gruppe Null« gehört medizinisches Personal mit direktem Kontakt zu Covid-19-Patienten sowie das Personal in Alten- und Pflegeheimen.
03.01.2021	1.318.562/29.119	
04.01.2021	1.322.947/29.161	Die Kommission zur Untersuchung möglicher Verstöße bei Impfungen gegen Covid-19 im Medizinischen Zentrum an der Medizinischen Universität Warschau (Warszawski Uniwersytet Medyczny – WUM) bestätigt, dass es zahlreiche Regelwidrigkeiten bei der Organisation der Impfungen gegeben hat. Die Durchführung der Impfung sei schlecht organisiert gewesen und es hätten nicht genügend Impfberechtigte der »Gruppe Null« zur Verfügung gestanden. Um den Impfstoff nicht zu vergeuden, seien auch Personen geimpft worden, denen noch keine Impfung zugestanden habe.
04.01.2021	1.322.947/29.161	Der Aufsichtsrat des Medizinischen Zentrums an der Medizinischen Universität Warschau (Warszawski Uniwersytet Medyczny – WUM) entlässt Ewa Trzepla aus ihrem Amt als Vorstandsvorsitzende. Hintergrund sind zahlreiche Regelwidrigkeiten bei der Durchführung der Impfungen gegen Covid-19, die ein Untersuchungsausschuss am selben Tag bestätigt hat.
04.01.2021	1.322.947/29.161	Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt in einem Interview mit Blick auf die aufgedeckten Regelwidrigkeiten bei der Durchführung von Impfungen gegen Covid-19 am Medizinischen Zentrum an der Medizinischen Universität Warschau (Warszawski Uniwersytet Medyczny – WUM), dass er eine Untersuchung in vier weiteren Impfzentren angeordnet hat. Von diesen sei zu hören, dass dort Politiker geimpft wurden, obwohl sie nicht zur sog. »Gruppe Null« gehören, die aktuell impfberechtigt ist. Zur »Gruppe Null« gehört medizinisches Personal mit direktem Kontakt zu Covid-19-Patienten sowie das Personal in Alten- und Pflegeheimen.
05.01.2021	1.330.543/29.502	Nach neuesten Angaben des Amtes für zivile Luftfahrt haben die Charterfluggesellschaften im ersten Halbjahr 2020 aufgrund der Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie ca. 460.000 Personen auf Hin- und Rückflügen befördert, das sind knapp viermal weniger Passagiere als im Vergleichszeitraum 2019.
05.01.2021	1.330.543/29.502	Ab dem heutigen Tag wird die Einschränkung aufgehoben, dass Kinder bis zum Alter von 16 Jahren das Haus an Werktagen zwischen 8 und 16 Uhr nur in Begleitung eines Erwachsenen verlassen dürfen. Die mit dem Infektionsschutz gegen das Corona-Virus begründete Maßnahme wird nach deutlicher Kritik u. a. von Eltern, dass sich die Kinder in den aktuell dauernden Ferien frei bewegen können sollen, aufgehoben.
06.01.2021	1.344.763/30.055	Der britische Transportminister Grant Shapps dankt Polen für die Hilfe bei der Durchführung von Corona-Tests unter LKW-Fahrern in der Grafschaft Kent (England) Ende Dezember. Dort bildeten sich lange Staus von mehreren Tausend LKWs, weil Frankreich aufgrund einer aufgetretenen Mutation des Corona-Virus in Großbritannien seine Grenzen dorthin schloss. Ärzte und medizinisches Personal der zentralen Klinik des polnischen Innenministeriums, weitere polnische Rettungsdienste und Soldaten der Armee zur Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT) waren im Einsatz.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
07.01.2021	1.356.882/30.241	Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, teilt mit, dass in Polen bisher 177.863 Personen gegen Covid-19 geimpft wurden. Die Impfungen begannen am 27. Dezember 2020. Bisher habe Deutschland am meisten Personen geimpft, gefolgt von Italien; Polen befindet sich auf Platz drei. Vereinbart wurden für Polen Lieferungen von insgesamt 5,9 Mio. Impfgaben bis Ende März 2021, so dass ca. 2,95 Mio. Personen geimpft werden können. Im Rahmen des von der EU ausgehandelten Vertrags werde Polen 60 Mio. Impfungen erhalten. Damit könnten fast alle Impfberechtigten (das sind Personen ab 18. Jahre; ca. 31 Mio.) in Polen versorgt werden, so Dworczyk.
07.01.2021	1.356.882/30.241	Zur Eindämmung der Verbreitung einer deutlich ansteckenderen Mutation des Coronavirus in Großbritannien dürfen ab dem heutigen Tag bis zum 13. Januar 2021 keine Flugzeuge aus Großbritannien in Polen landen.
08.01.2021	1.365.645/30.574	Nach Angaben der Regierung wurden in Polen bisher 188.956 Personen gegen das Coronavirus geimpft und 697.320 Impfgaben nach Polen geliefert. Die Impfungen begannen am 27. Dezember 2020.
09.01.2021	1.376.389/31.011	
10.01.2021	1.385.522/31.189	
11.01.2021	1.390.385/31.264	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass die Schüler der Klassen 1 bis 3 ab dem 18. Januar 2021 wieder in den Präsenzunterricht zurückkehren sollen. Infolge der Corona-Epidemie war auf Fernunterricht umgestellt worden und wurden die Weihnachtsferien verlängert.
12.01.2021	1.395.779/31.593	Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken (Lewica), Tomasz Trela, fordert mit Blick auf die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichtes für die Klassen 1 bis 3 ab dem 18. Januar 2021, dass die Lehrer die Möglichkeit bekommen sollen, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen, anstatt ihnen Corona-Tests anzubieten. Laut Impfstrategie der Regierung gehören Lehrer zur »Gruppe 1«, ebenso wie Senioren ab dem 60. Lebensjahr. Aus der »Gruppe 1« können sich ab dem 25. Januar 2021 zunächst Senioren ab dem 70. Lebensjahr impfen lassen, Impfungen für Lehrer sollen erst im April beginnen.
13.01.2021	1.404.905/32.074	Michał Dworczyk, Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten, gibt bekannt, dass aufgrund der personellen und infrastrukturellen Kapazitäten monatlich 3,7 Mio. Menschen in Polen gegen Covid-19 geimpft werden können. Aufgrund der Lieferkapazitäten liege die Zahl zurzeit jedoch bei 1 Mio. monatlich. Die Impfungen gegen das Corona-Virus begannen Ende Dezember 2020.
13.01.2021	1.404.905/32.074	Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) kritisiert das System der Impfzentren in Polen, das rund 3 Mio. Impfungen monatlich ermöglicht. Dies sei zu langsam; die Herdenimmunität gegen das Corona-Virus werde so erst nach Monaten erreicht. Er fordert von der Regierung dahin gehende Veränderungen, dass so schnell wie möglich 4 Mio. Menschen monatlich geimpft werden.
14.01.2021	1.414.362/32.456	Der Präsident des Polnischen Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwoju – PFR), Paweł Borys, teilt mit, dass ab dem Folgetag die Antragsfrist des sog. »Finanzschirms PFR 2.0« beginnt. Insgesamt werde eine Summe von 20 Mrd. Zloty zu Verfügung gestellt. Antragsberechtigt sind Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen, deren Einnahmen zwischen April und Dezember 2020 bzw. im vierten Quartal 2020 um mindestens 30 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum infolge der Corona-Pandemie gesunken sind. Die Höchstförderung für ein Unternehmen beträgt 3,5 Mio. Zloty, wobei die finanzielle Unterstützung pro Arbeitnehmer 72.000 Zloty nicht übersteigen darf.
15.01.2021	1.422.320/32.844	Auf einer Pressekonferenz teilt Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, mit, dass die Unterstützungsleistungen des sog. »Branchenschirms«, der negative Auswirkungen der Corona-Pandemie für ca. 40 Branchen abmildern soll, bis Ende Januar 2021 gilt und möglicherweise weiter verlängert wird. Das Hilfspaket galt bereits für November und Dezember 2020.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
16.01.2021	1.429.612/33.213	Nach Angaben des Regierungsbeauftragten für Impfungen gegen das Corona-Virus, Michał Dworczyk, haben sich bisher ca. 280.000 Senioren im Alter von 80 Jahren und älter für eine Impfung registrieren lassen. Die Anmeldung ist seit dem Vortag möglich, die Impfungen sollen ab dem 25. Januar durchgeführt 2021 werden.
17.01.2021	1.435.582/33.355	
18.01.2021	1.438.914/33.407	Der Regierungsbeauftragte für Impfungen gegen das Corona-Virus, Michał Dworczyk, sagt in einem Radiointerview, dass die heutige Impfstofflieferung der Pharmakonzerne BioNTech und Pfizer gegen das Corona-Virus dem Augenschein nach nur die Hälfte dessen betrage, was die Konzern vorher angekündigt haben. Der von der Regierung aufgestellte Impfplan werde dadurch nicht gefährdet, so Dworczyk. Die Pharmakonzerne BioNTech und Pfizer haben in der letzten Woche angekündigt, aufgrund von Produktionsumstellungen kurzfristig weniger Impfdosen zu liefern. Das betrifft auch andere EU-Mitgliedsländer.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, Stand: 18.01.2021, 13:22 Uhr

CHRONIK

15. Dezember 2020 – 18. Januar 2021

15.12.2020	Konrad Szymański, Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union, teilt mit, dass Polen von seinem Recht Gebrauch machen und den sogenannten »Rechtsstaatsmechanismus« des EU-Haushaltspaketes (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg anfechten wird. Der Rechtsstaatsmechanismus sieht vor, dass in den Bereichen, in denen es zu Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit kommt, EU-Gelder gekürzt werden können. Auf das Haushaltspaket und den Mechanismus haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche geeinigt.
16.12.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt an der Videokonferenz »Schlesische Ordnung« (Śląski Ład) teil, die sich mit der Transformation der Region infolge der europäischen Energiewende befasst. Teilnehmer sind außerdem die EU-Kommissarin für Energie, Kadri Simson, Klimaminister Michał Kurtyka und der Vizeminister des Ressorts für staatliche Aktiva, Artur Soboń. Morawiecki sagt, Polen gebe zurzeit 50 bis 70 Mrd. Zloty für den Import russischer und arabischer Energieträger (Erdgas, Erdöl, Kohle) aus und habe das Ziel, dass die Summe infolge der europäischen und heimischen Energietransformation im Land bleiben wird.
17.12.2020	In einem Brief an den Präsidenten des Amtes für Wettbewerbs- und Konsumentenschutz (Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów), Tomasz Chróstny, äußert der Bürgerrechtsbeauftragte, Adam Bodnar, Kritik an der Übernahme des privaten Medienkonzerns »Polska Press« durch den Energiekonzern PKN Orlen. Da Orlen auch sechs Druckereien gekauft habe, werde er nicht nur als Herausgeber von Presseerzeugnissen fungieren, sondern auch Einfluss auf den Druck von lokalen, konkurrierenden Printmedien nehmen können. Das Vorgehen, dass Orlen, dessen Aktien zu einem großen Teil vom polnischen Staat gehalten werden, Druck, Herausgabe und Verbreitung der Presse verantwortet, sei als Versuch zu werten, zu Praktiken der Volksrepublik Polen zurückzukehren.
20.12.2020	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Solocho, sagt nach einem Treffen mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Arndt Freytag von Loringhoven, Deutschland messe der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) große Bedeutung bei. Beide Seiten haben die Absicht, das Format wiederzubeleben, das im kommenden Jahr sein 30-jähriges Jubiläum hat.

21.12.2020	Die Landesstaatsanwaltschaft teilt mit, dass Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro bei Sejmarchallin Elżbieta Witek beantragt hat, die Immunität von Joanna Scheuring-Wielgus, Abgeordnete der Linken (Lewica) aufzuheben. Der Vorwurf lautet auf bösartige Störung eines öffentlichen Gottesdienstes sowie Beleidigung religiöser Gefühle. Im Rahmen der Proteste des »Landesweiten Frauenstreiks« (Ogólnopolski Strajk Kobiet), ausgelöst von der Verschärfung der Rechtsprechung zum Abtreibungsrecht durch das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny), hat Scheuring-Wielgus am 25. Oktober 2020 während einer Messe in einer Kirche in Thorn (Toruń) gemeinsam mit ihrem Ehemann Plakate gezeigt, die die Aufschrift »Frau! Du kannst selbst entscheiden!« und »Die Frauen sollten das Recht haben zu entscheiden, ob sie gebären wollen oder nicht, und nicht der Staat mit Unterstützung der katholischen Ideologie« trugen. Für die Straftaten können bis zu zwei Jahre Freiheitsentzug verhängt werden.
23.12.2020	Im Kohlebergwerk Murcki-Stasic in Kattowitz (Katowice) verunglückt ein Bergmann tödlich. Nach Informationen der Höheren Bergbaubehörde ist dies der 18. tödlich verlaufende Unfall im polnischen Bergbau und der neunte im polnischen Steinkohleabbau in diesem Jahr (2019: 23 bzw. 16).
28.12.2020	Die Pressesprecherin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Anita Czerwińska, teilt mit, dass die PiS den Vizeaußenminister Piotr Wawrzyk als ihren Kandidaten für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung aufgestellt hat. Die neu angesetzte Frist für Vorschläge endet am 29. Dezember. Bisher hatten nur die Fraktionen Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und Die Linke (Lewica) eine Kandidatin, die Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz, zur Wahl gestellt. Sie scheiterte jedoch in zwei Abstimmungen an den Stimmen der PiS. Zurzeit übt Adam Bodnar weiter das Amt aus; seine Amtszeit endete regulär im September.
29.12.2020	Die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und die Konföderation (Konfederacja) geben bekannt, dass sie den Juristen und Steuerrechtsexperten Robert Gwiazdowski als gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung aufstellen. Der Bürgerrechtsbeauftragte wird nach Zustimmung des Senats vom Sejm berufen.
29.12.2020	Der Automobilkonzern Fiat Chrysler Automobiles (FCA) kündigt Investitionen im FCA Poland-Werk in Tychy (Südpolen) an, mit dem Ziel, E- und Hybridautos der Marken Jeep, Fiat und Alfa Romeo zu produzieren. Die Serienproduktion des ersten der drei Modelle wird für die zweite Jahreshälfte 2022 angestrebt. Das Werk liegt in der Sonderwirtschaftszone Kattowitz (Katowice).
30.12.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt ein Unterstützungsprogramm für die Gebiete der ehemaligen staatlichen Landwirtschaftsbetriebe der Volksrepublik Polen (poln.: PGR) bekannt. Es ist eingebettet in das Regierungsprogramm für lokale Investitionen. Gemeinden, in denen PGR lagen, können zwischen 50.000 und 5 Mio. Zloty für den Bau oder die Modernisierung von Straßen und Kanalisation beantragen sowie für Bibliotheken, Einrichtungen der Kinderbetreuung, der Freizeitgestaltung u. ä. Die Antragsfrist läuft vom 4. Januar bis zum 12. Februar 2021.
04.01.2021	Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro kündigt auf »Twitter« an, dass er sich in seiner Funktion als Generalstaatsanwalt an das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) wenden werde, damit bestätigt werde, dass der Rechtsstaatsmechanismus des EU-Haushaltspakets (mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar ist. Der Rechtsstaatsmechanismus sieht vor, dass in den Bereichen, in denen es zu Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit kommt, EU-Mittel gekürzt werden können.
05.01.2021	Die Regierung beschließt, dass das bis 2023 geltende Hilfsprogramm zu Erhalt und Modernisierung von Eisenbahninfrastruktur für weitere Eisenbahn- und Schienengesellschaften offen ist. Dies soll der Unterstützung von wenig frequentierten oder stillgelegten Linien dienen.
07.01.2021	Als Reaktion auf die Ereignisse in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington, als Anhänger des noch amtierenden US-Präsidenten Donald Trump gewaltsam in den Parlamentssitz eingedrungen waren, was dazu führte, dass die Kongress-Sitzung zur Bestätigung des Präsidentschaftswahlsieges von Joe Biden unterbrochen und die Abgeordneten evakuiert werden mussten, schreibt Präsident Andrzej Duda auf »Twitter«, dass die Ereignisse eine innere Angelegenheit der USA seien und Polen von der Stärke der amerikanischen Demokratie überzeugt sei. Die politische Macht sei vom Wählerwillen abhängig und für die Sicherheit des Staates und der Bürger würden die dazu bestimmten Organe sorgen. Außenminister Zbigniew Rau schreibt auf »Twitter«, dass ein starkes Europa starke Vereinigte Staaten brauche und sich die Demokratie in den USA immer auf Werte und Institutionen gestützt habe. Dies gelte weiterhin zum Wohle der USA und der freien Welt.
07.01.2021	Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, kündigt die Arbeit an einem neuen Konzept der Industriepolitik an. Festgelegt wird es von fünf Bestandteilen: Digitalisierung der Industrie, Herstellung system- und sicherheitsrelevanter Produkte (beispielsweise in der Pharmaindustrie), Förderung der heimischen Produktion, »Green Deal« und eine den neuen Technologien entsprechend ausgebildete Gesellschaft.

08.01.2021	Präsident Andrzej Duda legt ein Veto gegen eine Gesetzesnovelle über die Einheiten der Regierungsadministration ein. Die Novelle bezieht sich auf die Umstrukturierung des Ministerrates und die Reduzierung der Anzahl der Ministerien im vergangenen Jahr. Duda stützt sein Veto darauf, dass die Novelle vorsieht, die Bereiche Forst und Jagd aus dem Umweltressort auszugliedern, und dies nicht ausreichend begründet. Außerdem sollen Unterstaatssekretäre der Regierungsverwaltung in den öffentlichen Dienst übernommen werden, was Gehaltserhöhungen bedeuten würde. Duda legt dar, dass er Gehaltserhöhungen für diese Personengruppe zwar für notwendig, aber in der wirtschaftlich angespannten Lage der Corona-Epidemie für unangemessen hält.
08.01.2021	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) legt dem Sejm einen Entwurf für eine Gesetzesnovelle zu Strafmandaten vor. Demnach soll es für den Bürger keine Möglichkeiten mehr geben, ein Strafmandat nicht anzunehmen. Das Strafmandat kann dann nur vor Gericht angefochten werden. Die gegenwärtige Regelung sieht vor, dass sich bei Annahmeverweigerung des Strafmandats das ausstellende Organ an das Gericht wenden und Strafantrag stellen muss. Der Entwurf wird von der Koalitionspartei »Verständigung« (Porozumienie), der Opposition sowie dem Bürgerrechtsbeauftragten kritisiert.
12.01.2021	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz trifft sich per Videokonferenz mit seinem türkischen Amtskollegen, Sedat Önal. Beide bekräftigen angesichts der Konflikte u. a. im Südkaukasus und in Osteuropa die Notwendigkeit eines ehrlichen und effektiven Engagements mit den Mitteln der NATO und der OSZE. Richtungsweisend sollte dabei das Völkerecht sein. Thematisiert wird auch die Zusammenarbeit im Rahmen des polnisch-rumänisch-türkischen Dreiecks, das wichtig für die Sicherheitszusammenarbeit u. a. im Rahmen der NATO sei, so Przydacz.
13.01.2021	Der Senat verabschiedet mit 51 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen und einer Enthaltung eine Resolution, die von den Senatoren der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) eingebracht wurde. Darin wird Solidarität mit den USA bekundet und der »versuchte Angriff auf demokratische Prozedere in den USA« verurteilt. Weiter wird die Bereitschaft des Senats bekräftigt, mit dem gewählten Präsidenten der USA, Joe Biden, intensiv zusammenzuarbeiten. Hintergrund ist, dass Anhänger des noch amtierenden US-Präsidenten Donald Trump in der vergangenen Woche das Capitol, den Parlamentssitz in Washington, stürmten, worauf die zu der Zeit stattfindende formale Bestätigung der Ergebnisse der US-Präsidentenwahl unterbrochen werden musste.
14.01.2021	Der Sprecher von Präsident Andrzej Duda, Błażej Spychalski, bestätigt, dass Dudas Tochter Kinga nicht mehr Beraterin des Präsidenten für gesellschaftliche Fragen ist.
15.01.2021	Justizminister Zbigniew Ziobro und sein Stellvertreter, Sebastian Kaleta, stellen auf einer Pressekonferenz ein Vorhaben zum Schutz der Äußerungsfreiheit im Internet vor. Es soll ein fünfköpfiger »Rat für die Äußerungsfreiheit« für eine sechsjährige Amtszeit vom Sejm berufen werden. Der Rat soll prüfen, ob die in der polnischen Verfassung garantierte Äußerungsfreiheit in den sozialen Medien eingehalten wird. Wenn beispielsweise eine Internetplattform einen Inhalt entfernt oder blockiert, solle der Nutzer das Recht haben, beim Rat Beschwerde dagegen einzulegen, so Ziobro. Die Vizefraktionsvorsitzende der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Kamila Gasiuk-Pihowicz, kommentiert, das Vorhaben schütze die, welche Hasssprache im Internet ausüben. Außerdem habe das Vorhaben zur Folge, dass die Freiheit der sozialen Medien beschränkt und diese einer staatlichen Institution untergeordnet werden, da jede Beschwerde gegen eine von den sozialen Medien getroffene Entscheidung erst vom Rat für die Äußerungsfreiheit geprüft werde, bevor es zu einer Überprüfung durch das Verwaltungsgericht komme.
17.01.2021	Nach aktuellen Angaben von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hatte die Partei im Dezember 2020 45.399 Mitglieder, das waren ca. 5.000 mehr als Anfang des Jahres 2020. Ende 2015, d. h. kurz nach Übernahme der Regierungsverantwortung, betrug die Anzahl der Mitglieder ca. 20.000. Der Chef des Exekutivkomitees der PiS, Krzysztof Sobolewski, sagt, für die Aufnahme in die PiS seien zwei Empfehlungen von PiS-Mitgliedern sowie eine positiver Beurteilung der örtlichen Parteistrukturen erforderlich.
17.01.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Präsident Andrzej Duda verurteilen die Festnahme des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny in Moskau und fordern eine rasche Reaktion vonseiten der Europäischen Union. Nawalny wurde nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er wegen eines Giftanschlag des russischen Geheimdienstes auf ihn behandelt worden war, inhaftiert, da er laut offizieller Begründung gegen Bewährungsaufgaben verstoßen hat.
18.01.2021	Senator Jacek Bury gibt seinen Austritt aus der Fraktion der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) bekannt. Künftig werde er als parteiloses Senatsmitglied die oppositionelle Gruppierung Polen 2050 (Polska 2050) von Szymon Hołownia unterstützen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

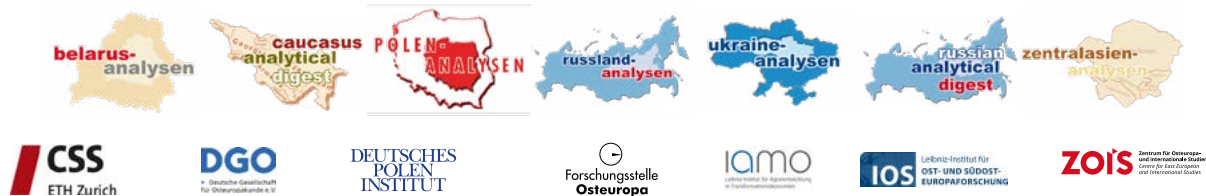
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.